

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 09.11.2023
Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 17:44 Uhr
Ort, Raum: Stadthalle, WittasträÙe 5, 36251 Bad Hersfeld

Anwesend:

Mitglieder

Herr Karsten Vollmar
Frau Andrea Zietz
Herr Bernd Böhle
Herr Werner Herbert
Herr Andreas Rey
Herr Jürgen Richter
Herr Jan-Ulrich Saal ab TOP 6
Herr Hans-Jürgen Schülbe
Herr Bernd Wennemuth

von der Stadtverordnetenversammlung

Herr Lothar Seitz
Herr Michael Barth

vom Magistrat

Frau Anke Hofmann
Herr Marc Eidam
Herr Günter Exner
Herr Dirk Siebert
Herr Hans Georg Vierheller

von der Verwaltung

Herr Martin Bode
Herr Volker Fladerer
Frau Monika Huber
Herr Jerome Sauer TOP 9

Schriftführer/in

Herr Rudolf Dahinten

Entschuldigt:

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- 2. Darlehensaufnahme für den Teilfinanzhaushalt 2023 der Kreisstadt Bad Hersfeld**
0861/20/1
- 3. Ausführung des Haushalts 2023 - Kenntnisnahmen**
0855/20
- 4. Außerplanmäßige Mittelbereitstellung bei Produktsachkonto 54101.09620000.2021-062 zur Finanzierung von Verkehrswegebauarbeiten in der G.-Freitag-Straße**
0848/20
- 5. Statusberichte Investitionsprojekte Stand: Oktober 2023**
0864/20
- 6. Errichtung eines Platzes für Kinderrechte**
0821/20
- 7. Änderung der Geschäftsordnung für den Lärmschutzbeirat der Kreisstadt Bad Hersfeld**
0843/20
- 8. Antrag der FWG-Fraktion betreffend Einführung eines Jobtickets oder Finanzierung des Deutschlandtickets für alle Beschäftigte der Kreisstadt Bad Hersfeld**
0774/20
- 9. Antrag der Fraktion Die Grünen betreffend Kastrationspflicht für alle Katzen mit Freigang**
0816/20
- 10. Verschiedenes**
 - 10.1. Update der Sitzungsdienstsoftware**
 - 10.2. Protokoll der letzten Sitzung**

zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Vollmar eröffnet die Sitzung, begrüßt die Erschienenen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Einwendungen zur Tagesordnung liegen nicht vor. Sie ist somit festgestellt.

zu 2 Darlehensaufnahme für den Teilfinanzhaushalt 2023 der Kreisstadt Bad Hersfeld 0861/20/1

Herr Fladerer erläutert den Sachverhalt.

Herr Böhle regt an, die Zuständigkeitsregelung für die Darlehensaufnahme zu prüfen. Er plädiert dafür, dem Magistrat die endgültige Zuständigkeit über die konkrete Darlehensaufnahme zu übertragen. Er bittet darum, dies bei den anstehenden Beratungen zur Haushaltssatzung zu berücksichtigen.

Beschluss:

Die Aufnahme des Darlehens wird zu folgenden Konditionen beschlossen:

	Zinsen % p.a.	Tilgung % p.a.	Auszahlung Datum	Laufzeit Jahre	Bank
Neuaufnahme von 3.803.000 €	3,94	2,01688	15.11.2023	28	WIBank

einstimmig beschlossen

zu 3 Ausführung des Haushalts 2023 - Kenntnisnahmen 0855/20

Beschluss:

Der Bescheid über die Landeszuweisung aus dem Programm „Hessen steht zusammen“ vom 05.10.2023 sowie die beiden Einzelgenehmigungen der Kommunalaufsicht vom 11.09.2023 und 05.10.2023 für die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen werden zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 4 Außerplanmäßige Mittelbereitstellung bei Produktsachkonto
54101.09620000.2021-062 zur Finanzierung von
Verkehrswegebauarbeiten in der G.-Freytag-Straße
0848/20**

Herr Bode erläutert den Sachverhalt. Es besteht die Notwendigkeit Straßenbaumittel ohne konkreten Verwendungszweck im Haushalt einzuplanen, damit anstehende Gemeinschaftsmaßnahmen auch mit Planungsmitteln angeschoben werden können.

Beschluss:

Von dem geschilderten Sachverhalt wird Kenntnis genommen. Die zeitnahe Beauftragung der Teilleistungen der Kreisstadt (grundhafte Erneuerung Fahrbahn- und Gehwegflächen G.-Freytag-Straße, Deckenerneuerungen Goethestraße, Straßenentwässerung, energetische Modernisierung) im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes mit Abwasserbetrieb und Stadtwerken Bad Hersfeld GmbH ist aus technisch-wirtschaftlicher Sicht erforderlich.

Aufgrund veränderter Prioritätensetzungen im Zusammenhang mit dem Sanierungsgebiet Wehneberg des Abwasserbetriebs werden außerplanmäßig Deckungsmittel in Höhe von insgesamt rd. 120.130 EUR brutto bei Produktsachkonto 54101.09620000.2021-062 – Sanierungen/investive Deckenerneuerungen – zur zeitnahen Auftragsvergabe bereitgestellt. Darüber hinaus werden weitere Mittel zur Beauftragung von Ingenieurleistungen und zur Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen bereitgestellt, die aus technisch-wirtschaftlicher Sicht gesehen wichtig sind. Die Gesamthöhe der außerplanmäßig bereitgestellten Mittel beläuft sich auf insgesamt 224.839,76 EUR bei entsprechender Absetzung bei anderen Produktsachkonten.

einstimmig beschlossen

**zu 5 Statusberichte Investitionsprojekte Stand: Oktober 2023
0864/20**

Auf die Anfrage von Herrn Schülbe antwortet Herr Bode, dass das Klinikum einen Bauantrag zur die Baustellenzufahrt gestellt hat und diesem entsprochen wurde. Somit können die Ausschreibungen durch das Klinikum erfolgen und die Verbindungsstraße von der Wehneberger Straße zur Baustelle gebaut werden.

Auf die Frage von Herrn Richter antwortet Herr Sauer, dass die Geschwindigkeitsreduzierung in der Homberger Straße nun dauerhaft angeordnet werden soll. Man könne nun mit der Datenerhebung für einen erneuten Antrag auf Aufstellung einer Geschwindigkeitsmessanlage stellen.

Auf die Frage nach der Schadensabwicklung über 300.000 Euro im Zuge des Neubaus der Fuldabrücke, antwortet Frau Hofmann, dass hier das Verfahren noch laufe.

Frau Zietz fragt nach, ob für das Wever-Gelände auch die Möglichkeit einer Nahwärmeversorgung geprüft werde. Frau Hofmann verweist auf die noch laufenden Gespräche mit den Planern.

Beschluss:

Von den Statusberichten zu Investitionsprojekten Stand: Oktober 2023 wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 6 Errichtung eines Platzes für Kinderrechte
 0821/20**

Herr Herbert regt an, neben der Aufstellung einer Infotafel zu prüfen, ob es in Bad Hersfeld Handlungsbedarf bei der Umsetzung der Kinderrechte gibt.

Beschluss:

Die Errichtung eines Platzes der Kinderrechte auf dem Spielplatz in der Uffhäuser Straße wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

**zu 7 Änderung der Geschäftsordnung für den Lärmschutzbeirat der
 Kreisstadt Bad Hersfeld
 0843/20**

Herr Böhle argumentiert, dass die Aufgaben des Lärmschutzbeirates besser bei Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Klima angesiedelt sind. Er stellt daher den Antrag, den Lärmschutzbeirat aufzulösen und die Aufgaben an den zuständigen Ausschuss zu übertragen. Stadtverordnetenvorsteher Seitz regt an, zunächst die konstituierende Sitzung des Lärmschutzbeirates abzuwarten. Er hegt die Befürchtung, dass sich kein Vorsitzender finden lässt und daher die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden könne. Auch die Vertreter der anderen Fraktionen wollen zunächst abzuwarten und nicht schon jetzt die Aufgabenübertragung an den Ausschuss vorzunehmen. Herr Böhle zieht daraufhin seinen Antrag zurück. Ausschussvorsitzender Vollmar schlägt vor heute keine Entscheidung über die Änderung der Geschäftsordnung zu treffen und die Vorlage zurückzustellen. Der Vorschlag wird einvernehmlich angenommen.

Beschluss:

Den Änderungen wird zugestimmt. Die Geschäftsordnung wird in der beigefügten Fassung beschlossen.

zurückgestellt

**zu 8 Antrag der FWG-Fraktion betreffend Einführung eines Jobtickets
oder Finanzierung des Deutschlandtickets für alle Beschäftigte der
Kreisstadt Bad Hersfeld
0774/20**

Herr Richter erläutert den Antrag. Bürgermeisterin Hofmann berichtet, dass das Jobticket, bei einem Arbeitgeberzuschuss von 25%, mithin 12,25 Euro, Kosten von 73.500 Euro verursacht, die im Haushaltsplanentwurf noch nicht aufgenommen wurden. Zudem könne man über eine Mitarbeiterbefragung zunächst klären, ob es Bedarf für das Jobticket gibt.

Herr Richter stellt klar, dass auch das Deutschlandticket in Frage kommt und er es grundsätzlich, unabhängig von einem bestimmten Prozentsatz, für förderlich hält, wenn die Stadt diese Sozialleistung anbieten würde. Er ist damit einverstanden, dass wenn die Verwaltung Ergebnisse bis Mitte nächsten Jahres vorlegt, der Antrag bis dahin zurückgestellt wird.

Beschluss:

Die FWG – Fraktion beantragt gemäß § 12 der Geschäftsordnung, dass die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat bitten möge, die Einführung eines Jobtickets, oder die Finanzierung des Deutschlandticket für alle Beschäftigten der Stadtverwaltung, einschließlich deren GmbH's ab dem Jahr 2024 einzuführen und deren Finanzierung im Haushalt abzubilden.

In deren Umsetzung möge die Verwaltung unter Berücksichtigung aller Fördermöglichkeiten die Beste der beiden Varianten herausarbeiten.

zurückgestellt

**zu 9 Antrag der Fraktion Die Grünen betreffend Kastrationspflicht für alle
Katzen mit Freigang
0816/20**

Bürgermeisterin Hofmann berichtet, dass die Bürgermeisterrunde zu dem Thema noch keine Empfehlung abgegeben habe. Frau Huber berichtet, dass bereits mehrere Städte und Gemeinden die Kastrationspflicht umgesetzt haben. Die Kosten je Kastration und Chipung betragen ca. 450 Euro.

Frau Zietz stellt klar, dass nicht die Stadt die Kosten für die Kastration übernehmen soll, die zudem bei 100 bis 200 Euro je Tier liegen. Die Tierschutzverbände sollen stattdessen in die Lage versetzt werden, auf ihre Kosten, frei laufende Katzen aufzugreifen und kastrieren zu lassen. Nach der derzeit gültigen Gesetzeslage müssen Tierschützer zunächst klären ob eine Katze herrenlos ist, bevor sie die Katze kastrieren können. Auf Nachfrage erklärt Frau Zietz, dass man bei einer Inaugenscheinnahme einer Katze nicht erkennen könne ob sie bereits kastriert ist. Somit kann das Ordnungsamt auch nicht im Außendienst feststellen, ob Eigentümer ihrer Verpflichtung nachgekommen sind.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, bis zum 01.01.2024 eine Kastrationspflicht für alle Katzen mit Freigang zu erlassen. Zudem müssen diese Katzen gekennzeichnet werden.

mehrheitlich abgelehnt

Für den Antrag stimmte Frau Zietz, die anderen Mitglieder des Ausschusses stimmten gegen den Antrag.

zu 10 Verschiedenes

Herr Richter fragt an, ob im Haushaltsentwurf die Änderung der Investitionen aus der letzten Sitzung des haupt- und Finanzausschusses mit aufgenommen wurde. Bürgermeisterin Hofmann teilt mit, dass es noch keinen, vom Magistrat festgestellten, Haushaltsplanentwurf gibt und daher sie keine Aussagen dazu machen könne.

zu 10.1 Update der Sitzungsdienstsoftware

Herr Richter merkt an, dass nach dem Update des Sitzungsdienstprogramms die Bearbeitung von Dokumenten nicht mehr möglich ist. Er bittet darum zu prüfen, ob dieser Zustand nun von Dauer ist.

zu 10.2 Protokoll der letzten Sitzung

Herr Richter fragt an, ob, wie im Protokoll der letzten Sitzung festgehalten, die Änderungen bei den Investitionen der Feuerwehr im Haushaltsplanentwurf 2024 aufgenommen wurden. Bürgermeisterin Hofmann erläutert, dass der Magistrat noch keinen Haushaltsentwurf festgestellt hat, daher kann sie keine Aussagen machen, was in den Entwurf aufgenommen wurde.

gez. Karsten Vollmar
Vorsitzender

gez. Rudolf Dahinten
Protokollführer/in